

Vortrag an den Ministerrat

EU; Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten am 20. März 2023; Bericht

Am 20. März 2023 fand in Brüssel eine Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten (RAB) statt. Die Tagesordnung umfasste die Punkte Laufende Angelegenheiten, Russlands Aggression gegen die Ukraine sowie Tunesien.

Unter dem Tagesordnungspunkt Laufende Angelegenheiten wurden vom Hohen Vertreter und Vizepräsidenten der Europäischen Kommission (HV/VP) Josep Borrell der Belgrad-Pristina-Dialog, Iran, Georgien, der Nahostfriedensprozess, Afghanistan und die Umsetzung des EU-Aktionsplans zu den globalen Auswirkungen der russischen Aggression gegen die Ukraine angesprochen.

Beim Tagesordnungspunkt Russlands Aggression gegen die Ukraine verwies HV/VP auf die laufenden Arbeiten zur Unterstützung der Friedensformel von Präsident Wolodymyr Selenskyj, Rechenschaftspflicht, internationaler Outreach, v.a. betreffend Ernährungssicherheit, sowie Sanktionen. Die Europäische Kommission stellte konkrete Vorschläge zum Outreach an den Globalen Süden in Aussicht, wobei Global Gateway das Hauptinstrument für die Zusammenarbeit darstellen sollte. In der Diskussion betonten zahlreiche EU-Mitgliedstaaten, dass der Druck auf Russland durch weitere Sanktionen aufrechterhalten werden müsse. Darüber hinaus müsse der Umgehung von EU-Sanktionen entgegengewirkt werden.

In der Diskussion zum Tagesordnungspunkt Tunesien verwies HV/VP Josep Borrell auf die politische und sozioökonomische Krise im Land, die auch Auswirkungen auf die EU und ihre Mitgliedstaaten habe, nicht zuletzt durch einen Anstieg irregulärer Migration nach Europa. Der einzige realistische Weg aus der Wirtschaftskrise sei der Abschluss eines Abkommens mit dem Internationalen Währungsfonds, welcher auch Voraussetzung für weitere Unterstützungsleistungen der Geber sei. Die EU-Mitgliedstaaten teilten die Sorge

über die politische und sozioökonomische Lage in Tunesien und stimmten überein, dass eine ausgewogene EU-Position notwendig sei.

Der Rat nahm Schlussfolgerungen zu Afghanistan und EU-Prioritäten in der OSZE an.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

16. Juni 2023

Mag. Alexander Schallenberg, LL.M.
Bundesminister